
Nach der Zeitenwende: Resilienz stärken – Die Rolle der Versicherungswirtschaft

ROLF KETZLER

Rolf Ketzler, Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, E-Mail: ketzler@zedat.fu-berlin.de

Zusammenfassung: Der Krieg Russlands gegen die Ukraine bringt grundlegende Veränderungen mit sich. Nicht nur in politischer auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist der Krieg eine Zeitenwende, der kurz- und längerfristig erhebliche Auswirkungen auf die Volkswirtschaften und Märkte haben wird. Dabei kommt der Erhöhung der Resilienz der Volkswirtschaft eine wichtige Bedeutung zu, um auch für zukünftige Schocks gerüstet zu sein. Gewiss bleibt zudem: Der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft muss auch unter den Rahmenbedingungen der „Neuen Normalität“ ein zentrales Ziel der nächsten Jahre bleiben. Angesichts der komplexen geopolitischen Risikolage genießt ein beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren Energien höchste Priorität. In diesem gesamten Kontext nimmt die Versicherungswirtschaft als langfristiger Investor und Risikoträger eine zentrale Rolle ein.

Summary: Russia's war against Ukraine is causing fundamental changes. Not only in political terms but also in economic terms, the war is a turning point that will have a significant impact on economies and financial markets in the short and longer term. In this context, increasing the resilience of economies is of major importance in order to be prepared for future shocks. What also remains clear is that the transition to a climate-neutral economy must remain a key objective for the coming years, even under the framework of the "new normal". Given the complex geopolitical risk environment, accelerated expansion of renewable energies is a top priority. In this overall context, the insurance industry plays a central role as a long-term investor and risk carrier.

→ JEL classification: E66, G22, Q54

→ Keywords: New normal, economic policy, resilience, climate neutrality, private investments, climate adaption, insurance industry

I Ein verändertes Makroregime

Als zentrale wirtschaftspolitische Herausforderungen der 2020er Jahre galten zum Beginn des Jahrzehnts die drei „Ds“, die Dekarbonisierung, die Digitalisierung und der demografische Wandel. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist diese Prioritätensetzung unvollständig und zum Teil überholt. Zu der „Neuen Normalität“ gehört die neue Priorität sicherheitspolitischer Aspekte, die mit dem Wegfall der Friedensdividende auch ökonomische Konsequenzen hat, und die bereits in der Pandemie in den Fokus gerückte Frage einer generellen Erhöhung der Resilienz der Volkswirtschaften. Gleichzeitig bekommt die Energiewende hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft angesichts der neuen geopolitischen Rahmenbedingungen eine zusätzliche Dimension. Die Lösung aus der Abhängigkeit von fossilen Energien aus Russland, die kurzfristige Erschließung anderer Energiequellen und -lieferanten (etwa LNG-Gas) sowie der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien gehört zu den neuen TOP-Prioritäten. Dies alles geschieht vor dem Hintergrund der Warnung des Weltklimarats (IPCC), dass die Folgen des Klimawandels bereits heute spürbar stärker ausfallen als noch vor wenigen Jahren erwartet und dass dringend über alle Sektoren hinweg eine CO₂-Emissionssenkung erreicht werden muss.¹

Die „Zeitenwende“ ist mit neuen makroökonomischen Rahmenbedingungen verbunden. Die Phase der moderaten Inflationsentwicklung, die die letzten beiden Jahrzehnte geprägt haben (Stichwort: „Great Moderation“) ist vorerst vorbei. Die Preissteigerungsraten haben im Jahr 2022 vielfach Höchststände erreicht. Auch für die kommenden Jahre zeichnet sich eine deutlich höhere Inflationsentwicklung ab.² Neben der kurzfristigen Neuausrichtung der Energieversorgung infolge des Kriegs in der Ukraine beruht diese auf strukturellen Veränderungen. Mehrkosten für die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft, einer zentralen Aufgabe in den nächsten Jahren, sind dabei ein wichtiger Faktor.³ Der Anstieg der längerfristigen Inflationserwartungen in den letzten Monaten und die Zinswende an den Finanzmärkten spiegelt diese Entwicklung bereits wider.

Zudem sprechen einige Argumente dafür, dass sich auch der Verlauf des Wachstumspfad in den kommenden Jahren verändern wird. Allgemein erwartet wird, dass das Produktionspotenzial im Zuge des demographischen Wandels abnimmt. Daneben prägen zunehmend angebotsseitige Knappheiten den Konjunkturverlauf. Bereits die Öffnung nach der Corona-Pandemie führte zu zahlreichen Anspannungen. Die (beschleunigte) Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft dürften ebenfalls von Engpässen geprägt sein. Neben dem Fachkräftemangel sind angesichts des enormen Ausbautempos im Bereich der Erneuerbaren Energien Knappheiten etwa bei wichtigen Rohstoffen für die Energiewende wahrscheinlich. Andauernde Angebotsengpässe in Verbindung mit den Auswirkungen des Klimawandels, der insbesondere häufigere Extremwetterereignisse zur Folge hat, dürften zukünftig zu stärkeren Schwankungen des BIP-Verlaufs führen.

1 Vgl. IPCC (2021).

2 Vgl. Bank for International Settlements (2022).

3 Ein weiterer viel diskutierter Erklärungsansatz für strukturell steigende Inflationsraten ist die Alterung der Gesellschaft, vgl. hierzu Goodhart und Pradhan (2020).

2 Neue Rollenverteilung in der Wirtschaftspolitik

Mit den veränderten makroökonomischen Rahmenbedingungen der „Neuen Normalität“ steht auch die Wirtschaftspolitik vor neuen Herausforderungen. Die hohe Inflation hat unmittelbar zur Folge, dass die Geldpolitik mit Blick auf ihren Auftrag der Sicherung der Preisstabilität ihr Hauptaugenmerk auf den Ausstieg aus ihrer expansiven Ausrichtung der letzten Jahre richten muss. Die vielfach als omnipräsent wahrgenommene Geldpolitik der letzten Dekade könnte damit zumindest teilweise der Vergangenheit angehören. Angesichts des dynamischen Inflationsumfelds bleibt abzuwarten, inwieweit die Zentralbanken ihr großes Engagement für andere wirtschaftspolitische Zielsetzungen, die teilweise auch zu ihrem Mandat gehören, in dem Maße wie bisher aufrechterhalten können.

Die „Rückkehr der Inflation“ beendet die vergleichbar komfortable Phase, in der eine expansive Geldpolitik gleichzeitig die Preis- und Wachstumsentwicklung stabilisieren konnte. Aktuell bereiten sich vielmehr Sorgen aus, dass angesichts des hohen Tempos des geldpolitischen Kurswechsels insbesondere in den USA eine Rezession nicht mehr zu vermeiden ist.

Bereits mit dem Corona-Schock rückten die Unterstützungs- und Stabilisierungsmaßnahmen durch die Fiskalpolitik in den Mittelpunkt und leiteten so einen Rollenwechsel zwischen Geld- und Fiskalpolitik ein, der in der bisherigen Form seit der globalen Finanzkrise 2008 bestand. Exemplarisch hierfür steht das Next Generation EU-Programm, das als Reaktion auf die Corona-Pandemie für den langfristigen Umbau der Wirtschaft in der EU aufgelegt wurde. Mit dem Ukraine-Krieg und der weiter anziehenden Preisdynamik einerseits und der Wachstumsverlangsamung andererseits scheint die neue Aufgabenverteilung vorerst vollzogen zu sein.

Begleitet wird dieser Wandel von einem aktiveren Rollenverständnis des Staates auch in der Wirtschaft. Ein Treiber dieser Entwicklung sind nicht zuletzt die Erwartungen der Bürger, den Klimawandel wirksam zu stoppen, von dem langfristig weiterhin die größte Gefahr für die Weltwirtschaft ausgeht.⁴ Aber auch die geopolitischen Rivalitäten tragen hierzu bei. In diesem Zusammenhang wird zunehmend die Forderung erhoben, die geopolitischen Risiken zu verringern und Lieferketten in politisch vertrauenswürdige Länder zu verlagern. Friend-shoring ist hier das aktuelle Stichwort.

Mit der „Neuen Normalität“ kommen neue Ausgaben auf die Finanzpolitik zu. Manifestiert hat sich dies in Deutschland bereits mit dem im Juni 2022 beschlossenen Sondervermögen für die Bundeswehr. Dies sieht vor, dass in den nächsten Jahren für die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit finanzielle Mittel über 100 Mrd. Euro aufgenommen werden. Perspektivisch ist zudem davon auszugehen, dass sich Deutschland am Wiederaufbau der Ukraine finanziell beteiligt. Gleichzeitig steht Deutschland mit den „drei Ds“ und den Folgen der Corona-Pandemie bereits vor einer Reihe von weiteren finanziellen Herausforderungen, die für eine zukunfts feste Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts eine zentrale Bedeutung haben.

Allein der Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft erfordert in den nächsten Jahren eine spürbare Ausweitung der Investitionen. Studien beziffern den zusätzlichen Investitionsbedarf

4 Die Swiss Re (2021) beziffert die globalen Wachstumseinbußen bei einem weltweiten Temperaturanstieg um mehr als 3° C in den nächsten 30 Jahren auf bis zu 18%.

zumindest bis zum Ende des Jahrzehntes auf jährlich 70 bis 100 Mrd. Euro.⁵ Der öffentliche Finanzbedarf für Klimainvestitionen wird mit 46 Mrd. Euro beziffert.⁶ Für die anvisierte Beschleunigung der Energiewende und die Unabhängigkeit von russischen Energieimporten rechnet die EU mit weiteren Investitionen von bis zu 300 Mrd. Euro, wovon ein Großteil auch auf Deutschland entfallen dürfte.⁷ Die EU-Kommission hat in ihrem Deutschlandbericht zuletzt darauf hingewiesen, dass die bisher zugewiesenen Mittel (für die öffentlichen Investitionen) möglicherweise nicht den gesamten Investitionsbedarf decken.⁸

3 Resilienz und Nachhaltigkeit der Finanzpolitik in den Blick nehmen

Angesichts der gestiegenen Ausgabenerfordernisse im Zuge der „Neuen Normalität“ dürfte die Fiskalpolitik in der Tendenz auch in den nächsten Jahren eine expansive Ausrichtung verfolgen. Gleichzeitig nehmen die finanzpolitischen Spielräume ab. Dies geht nicht nur auf zusätzliche Ausgaben und höhere Schuldenstände im Vergleich zum Vorfeld der Pandemie zurück, sondern auch auf die Zinswende. Die Zeiten negativer bzw. sehr niedriger Zinsen dürften vorerst nicht wiederkehren. Damit sind perspektivisch deutlich höhere Ausgaben für den Schuldendienst einzuplanen. Bereits für die Haushaltsplanung des Bundes für das Jahr 2023 wurden knapp 30 Mrd. Euro für den Schuldendienst budgetiert. 2021 belief sich dieser Haushaltsposten nur auf knapp 4 Mrd. Euro.⁹

Insofern stellt sich grundsätzlich die Frage, inwieweit die finanziellen Implikationen der Zeitenwende noch zu den aktuellen finanzpolitischen Rahmenbedingungen der Schuldenbremse und einem Verzicht auf Steuererhöhungen passen. Neben einer stärkeren Priorisierung von öffentlichen Ausgaben in den nächsten Jahren könnte daher ein grundsätzliches Überdenken des finanzpolitischen Rahmens notwendig werden. Auch auf EU-Ebene steht die Weiterentwicklung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bereits auf der Tagesordnung. Welche Form das finanzpolitische Regelwerk zukünftig annehmen wird, ist derzeit offen.

Zu den wesentlichen Aspekten dieser Diskussion gehören die miteinander verbundenen Themen der Resilienz sowie der Nachhaltigkeit der Finanzpolitik. Resilienz meint in diesem Kontext die Möglichkeit der Finanzpolitik mit der notwendigen Flexibilität auf zukünftige Schocks reagieren zu können, was wiederum einen gewissen finanziellen Spielraum voraussetzt.¹⁰ Ein nachhaltiger Finanzrahmen verlangt zudem, dass eine übermäßige Belastung zukünftiger Generationen vermieden wird.¹¹

5 Vgl. BCG (2021) oder Brand, S. et al (2021).

6 Vgl. Krebs, T. und J. Steitz (2021).

7 Vgl. European Commission (2022a).

8 Vgl. European Commission (2022b).

9 Vgl. Bundesministerium der Finanzen (2022).

10 Vgl. Brunnermeier, M. (2021).

11 Vgl. BMF (2020) S. 1.

Die Spannweite möglicher Schocks mit gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen reicht von Gesundheitsschocks über Naturkatastrophen bis hin zu „unknown unknowns“. In diesem Spektrum nehmen Naturkatastrophen, die im Zusammenhang mit dem Klimawandel stehen, eine besondere Stellung ein, da die Konsequenzen der Erderwärmung in umfangreicher Weise wissenschaftlich erforscht sind. Aus dieser Erkenntnis folgt das Ziel des klimaneutralen Umbaus der deutschen Wirtschaft bis 2045. Derzeit noch etwas weniger im Fokus steht die Klimafolgenanpassung. Damit wird die Zielsetzung verfolgt, die volkswirtschaftlichen Kosten aus den steigenden Naturgefahrenrisiken als Folge der Erderwärmung zu begrenzen. Extreme Wetterereignisse verursacht durch den Klimawandel und die damit verbundenen makroökonomischen Konsequenzen betreffen zwar in größerem Maße Schwellenländer. Aber auch in Deutschland sind Extremwetterereignisse deutlich wahrscheinlicher geworden.¹² Bei der Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Folgen ist zu berücksichtigen, dass Naturkatastrophen nicht nur physische Schäden anrichten, sondern u. a. durch Betriebsunterbrechungen auch zusätzlich Lieferketten unterbrechen können, so dass die Auswirkungen häufig nicht auf die betroffene Region beschränkt bleiben.

Ungeachtet der neuen Rolle des Staates, die mit einer stärkeren Gestaltung des Wirtschaftsgeschehens einhergeht, wird die grüne Transformation nur im Zusammenspiel aller Akteure aus Politik und Wirtschaft gelingen. Auch aus finanzpolitischer Perspektive kommt es darauf an, privates Kapital für diesen Transformationsprozess zu mobilisieren, um sich finanzielle Spielräume erhalten bzw. neu erschließen zu können. Eine wichtige Aufgabe für den Staat ist es dabei, durch öffentliche Investitionen oder Garantien die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung privater Investitionen zu schaffen. Auf die grundsätzlich große Bedeutung der privaten Investitionen weist auch die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen hin. Danach entfielen in Deutschland 2021 lediglich 12 % der Investitionen auf den Staat und 88 % auf den privaten Sektor.

4 Zentrale Rolle der Versicherungswirtschaft: Beispiel Klimawandel

Für den nachhaltigen und klimafreundlichen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft kommt der Versicherungswirtschaft eine zentrale Stellung zu. Als langfristiger Investor sowie als Risikoträger ist die Branche in einer einzigartigen Position, den ökologisch, nachhaltigen Wandel und die Klimafolgenanpassung nicht nur zu begleiten, sondern auch entschieden voranzutreiben.

Ihren konkreten Beitrag haben die deutschen Versicherer 2021 in einer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie festgeschrieben.¹³ Danach wird bis 2050 die Treibhausgasneutralität in der Kapitalanlage angestrebt, wobei bereit bis 2025 und danach schrittweise CO₂-Reduktionen erzielt werden sollen. Beabsichtigt ist ferner, langfristig keine Risiken mehr ins Portfolio zu nehmen, die dem Transformationsprozess zu einer nachhaltigen Wirtschaft entgegenstehen. Die neue geopolitische Risikolage dürfte dabei grundsätzlich dazu führen, dass neben klimabezogenen Risiken auch Governance-Risiken stärker in den Fokus rücken.

Für die Erreichung der Klimaziele bedarf es der gesamten Bandbreite der Finanzdienstleister und ihrer Finanzierungsinstrumente. Die finanziellen Mittel für den Transformationsprozess sind

12 Vgl. Deutscher Wetterdienst und Extremwetterkongress (2021).

13 Vgl. Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (2021).

vorhanden. Das Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland betrug zum Jahresende 2021 über 7,5 Billionen Euro. Nun muss es vordringlich darum gehen, einen verlässlichen politischen Rahmen zu schaffen, damit ausreichend Mittel in den Transformationsprozess fließen. Auch der regulatorische Rahmen für die Versicherungswirtschaft muss diese Zielsetzung unterstützen. Hierbei gilt es im laufenden Solvency II Review vor allem, risikogerechte Impulse für Langfristinvestitionen zu stärken.

Die Kapitalanlagestrategie der Versicherer zeichnet sich aufgrund von oft langlaufenden Verbindlichkeiten, insbesondere in der Lebens- und Krankenversicherung, durch einen langfristigen Anlagehorizont aus. Mit Kapitalanlagen von 1,8 Billionen Euro sind die deutschen Versicherer in der Lage, Kapital für große Losgrößen zur Verfügung zu stellen, und zudem in illiquide Anlagen zu investieren. Für langfristige Finanzierungen im Zusammenhang mit der Dekarbonisierung der Wirtschaft bis 2050 in der EU bzw. 2045 in Deutschland ist die Assekuranz damit ein naheliegender Partner.

Mit Blick auf die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Kunden sind die Versicherer als sicherheitsorientierte Investoren auf stabile und planbare Rückflüsse angewiesen. Investitionen mit Infrastrukturcharakter wie bspw. der Ausbau der erneuerbaren Energien genießen daher bereits heute eine hohe Priorität in der Branche. Im Bereich der Wind- und Solarenergie konnten mit dem Kapital der Versicherer bisher 750 Projekte (Stand 31. 12. 2020) realisiert werden. Eine Ausweitung dieser Investitionen etwa in Offshore-Windanlagen, die durch die vorgesehene Vereinfachung der Planungs- und Genehmigungsverfahren einen neuen Schub erhalten könnte, gehört zu den Zielen der Versicherer.

Darüber hinaus ist für die Erreichung der Klimaziele u. a. die klimaeffiziente Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur notwendig. In den letzten Jahren zog sich die Umsetzung von Infrastrukturprojekten in Deutschland häufig in die Länge. Abhilfe kann hier ein stärkerer Einsatz von kooperativen Partnerschaftsmodellen wie Öffentlich Privaten Partnerschaften (ÖPP) schaffen. ÖPP zeichnen sich dadurch aus, dass mit privatem Kapital und Know-How Infrastrukturmaßnahmen in der Regel schneller umgesetzt werden können als über eine rein öffentliche Beschaffung.¹⁴ Dieser Effizienzvorteil trägt auch positiv zu einer schnelleren Reduktion der CO₂-Emissionen bei. Beide Effekte können die höheren Finanzierungskosten eines privaten Investors mehr als ausgleichen, da sie in der Gesamtbetrachtung zu geringeren volkswirtschaftlichen Kosten als die traditionelle Beschaffung führen. Kurzfristig kann ein stärkerer Einsatz von ÖPP zudem den finanziellen Handlungsspielraum des Staates erhöhen. Das Bekenntnis zur ÖPP-Option der Bundesregierung ist ein wichtiger Schritt, für den sich die Versicherungswirtschaft schon seit längerer Zeit einsetzt. Grundsätzlich denkbar wäre auch der Einsatz von ÖPP für den Umbau der Energieinfrastruktur zur Lösung aus der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen, sofern es für diese auch eine langfristige Perspektive im Zuge der Energiewende gibt. Ein weiterer möglicher Ansatzpunkt für eine Kooperation mit dem Staat besteht in der Entwicklung von Finanzierungsmodellen für neue innovative Technologien.

Die Finanzierung der nachhaltigen Transformation ist dabei lediglich ein Handlungsstrang. Auch im Bereich des Versicherungsschutzes gibt es zahlreiche Anknüpfungspunkte, wie die Versicherungswirtschaft die Resilienz der Volkswirtschaft erhöhen kann. Selbst wenn die Nachhaltig-

14 Vgl. hierzu IW Köln, GDV (2016).

keitswende sowie die Begrenzung der Erderwärmung gemäß den Pariser Klimazielen gelingen werden, werden erhebliche Klimafolgeanpassungen notwendig, die wiederum zusätzliche öffentliche Ausgaben nach sich ziehen.¹⁵

Der Versicherungswirtschaft kommt hierbei eine zentrale Funktion zu. Zu den wichtigsten Aufgaben gehört in Deutschland in diesem Zusammenhang eine höhere Verbreitung der Elementarschadenversicherung. Aktuell verfügen lediglich etwa die Hälfte aller privaten Hauseigentümer über einen entsprechenden Risikoschutz, der ihr Eigentum unter anderem im Falle von Überschwemmungen, Starkregen und Hochwasser schützt. Eine breitere finanzielle Absicherung von Naturgefahren ist angesichts steigender Schäden ein wesentlicher Bestandteil einer gesamtwirtschaftlich erforderlichen Strategie zur Eindämmung der Klimafolgen. Wissenschaftliche Studien belegen, dass ein hoher Versicherungsschutz den Erholungsprozess nach einer „Naturkatastrophe“ beschleunigt.¹⁶

Ad-hoc-Maßnahmen des Staates zur Sicherung der Existenz von Geschädigten, die heute vielfach ex post ausgekehrt werden, stellen dagegen keinen überzeugenden Umgang für in der Regel versicherbare Naturgefahrenrisiken dar. Hinzu kommt, dass Versicherer typischerweise über die geeigneteren Prozesse verfügen, die eine schnell und zielgenau Auszahlung der finanziellen Hilfen an die Geschädigten ermöglicht. Das bestätigt sich auch nach dem Extremwetterereignis Bernd vom Juli 2021: Ein Großteil der unversicherten Betroffenen sieht sich außer Stande, den öffentlichen-rechtlichen Antragsprozess zu verstehen, geschweige denn durchzuführen.¹⁷

Ohne eine hinreichende Versicherungsabdeckung können bei Schadensereignissen zusätzliche Belastungen für die öffentlichen Haushalte resultieren und den Haushaltsspielraum einschränken. Ex-post Staatshilfen leisten zudem einer Erwartungshaltung Vorschub, der Staat könnte auch im Falle anderer exogener Schocks als Sicherheitsnetz für Haushalte und Unternehmen fungieren. Notwendige Anstrengungen zur Risikominderung unterbleiben in der Folge häufig (Moral Hazard).

Gleichwohl ist ein flächendeckender Versicherungsschutz nur ein Baustein einer wirksamen Klimafolgenanpassung. Zu den weiteren zentralen Elementen gehören u. a. Infrastruktur- und Hochwasserschutzmaßnahmen, ein Neubauverbot in Hochrisikogebieten sowie eine Reform des Baurechts zur klimaangepassten Bauweise.

Gezielte Investitionen zur Verbesserung der Resilienz z. B. in Infrastruktur oder Gebäudesicherheit bilden ein weiteres zentrales Handlungsfeld. Nach einem Naturereignis besteht die Chance für einen verbesserten Wiederaufbau (building back better), der zukünftige Gefährdungen verringert und so die Resilienz erhöht. Im Schadenfall können damit bspw. Reparaturkosten an Gebäuden gesenkt oder die Versorgung mit Strom oder Wasser weiter aufrechterhalten werden. Auch für die Versicherungswirtschaft stellen „building back better“ Ansätze in der Schadenregulierung aber auch Präventionsmaßnahmen einen zunehmend wichtigeren Anknüpfungspunkt dar. So können Versicherer die Resilienz durch die Weiterentwicklung sicherer Baupraktiken, die

15 Die folgenden Textpassagen zur Klimafolgenanpassung sind angelehnt an Asmussen, Jörg (2021).

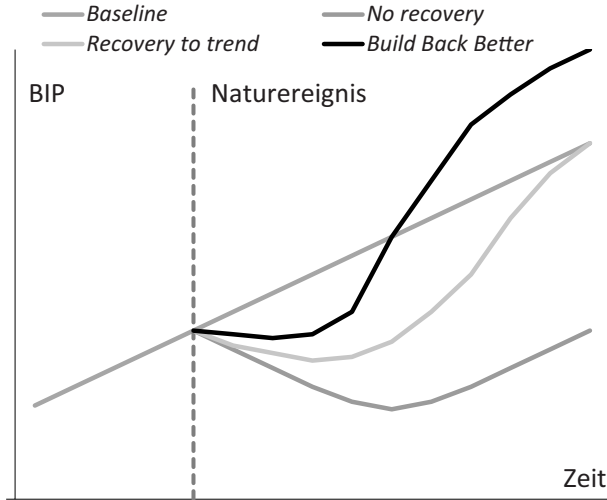
16 Vgl. Cambridge Centre for Risk Studies and AXA XL (2020).

17 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 11. Mai 2022, Das große Versprechen.

Abbildung 1

Mögliche BIP-Verläufe nach einem Naturereignis

Mögliche BIP-Verläufe nach einem Naturereignis



Quelle: angelehnt an Cambridge Center of Risk Studie und AXA XI.

Risikobewertung sowie durch Informations- und Serviceangebote rund um die Schadensprävention unterstützen.¹⁸

„Building back better“-Ansätze kommen auch deswegen eine hohe Bedeutung zu, da sie das Wachstumspotential nach einem Naturereignis ggü. dem konventionellen Wiederaufbau deutlich verbessern. In der gesamtwirtschaftlichen Perspektive kann eine höhere Resilienz die Volkswirtschaft in der Folge auf einen höheren Wachstumspfad heben (siehe Abbildung). Die Erhöhung der Resilienz darf den Wiederaufbauprozess gleichzeitig nicht übermäßig verzögern, um mögliche Langzeitfolgen der Schäden für die wirtschaftliche Entwicklung zu verhindern. Im Zuge des Wiederaufbaus besteht oft das Risiko, dass Resilienzüberlegungen nicht ausreichend berücksichtigt werden (können). Dies unterstreicht die Notwendigkeit, bereits ex-ante-Maßnahmen zur Risikominderung eine höhere Priorität einzuräumen. Eine höhere Widerstandskraft kann wiederum Innovationen und Wachstum durch größere Sicherheit und Stabilität fördern.

5 Zusammenfassung

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht eine Zeitenwende. Zu der „Neuen Normalität“ gehören nicht nur ein verändertes makroökonomisches Umfeld, sondern angesichts der komplexeren geopolitischen Risikolage auch zusätzliche wirt-

¹⁸ Die Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden hat in Kooperation mit dem GDV eine konkrete Anleitung zur baukonstruktiven Überflutungsvorsorge entwickelt. Vgl. Gotz S. und T. Naumann (2020).

schaftspolitische Handlungsfelder wie bspw. die Energiesicherheit. Gleichzeitig hat insbesondere die Erreichung der Pariser-Klimaziele weiterhin höchste Priorität. Unmittelbare Folge der „Neuen Normalität“ ist der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien. Grundsätzlich kommt unter diesen herausfordernden ökonomischen Rahmenbedingungen der Erhöhung der Resilienz der Volkswirtschaft eine zentrale Bedeutung zu, damit ausreichend finanzielle Spielräume zur Stabilisierung zukünftiger Schocks vorhanden sind. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist in diesem Zusammenhang die Mobilisierung von privatem Kapital. Mit Blick auf die Bekämpfung des Klimawandels nimmt die Versicherungswirtschaft als langfristiger Investor sowie als Risikoträger eine entscheidende Position ein, den ökologisch nachhaltigen Wandel und die Klimafolgenanpassung nicht nur zu begleiten, sondern auch entschieden voranzutreiben. Damit leistet die Versicherungswirtschaft auch einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der volkswirtschaftlichen Resilienz.

Literaturverzeichnis

- Asmussen, Jörg (2021): Kann ein privater Versicherungsmarkt gegen Elementarschäden funktionieren?, ifo Schnelldienst, Nr. 74 (11), S. 18–22.
- Bank for International Settlements (2022): The return of inflation, Speech by Augustin Carstens, <https://www.bis.org/speeches/sp220405.pdf> [15.08.2022].
- BCG (2021): Klimapfade 2.0, Ein Wirtschaftsprogramm für Klima und Zukunft, <https://bdi.eu/themenfelder/energie-und-klima/klimapfade/>.
- Brand, S., D. Römer und M. Schwarz (2021): 5 Bio. EUR klimafreundlich investieren – eine leistbare Herausforderung, KfW Research, Nr. 350, 7. Oktober 2021, <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-2021/Fokus-Nr.-350-Oktober-2021-Investitionsbedarfe-Klimaneutralitaet.pdf> [15.07.2022].
- Brunnermeier, Markus (2021): The Resilient Society, Endeavor Literary Press, Colorado Springs.
- Bundesministerium der Finanzen (2022): Haushaltsentwurf 2023 beschlossen: Weichenstellung für eine höhere Resilienz der öffentlichen Finanzen, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Bundeshaushalt/2023/regierungsentwurf-bundeshaushalt-2023.html [15.08.2022].
- Bundesministerium der Finanzen (2020): Fünfter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, Berlin, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/2020-03-11-tragfaehigkeitsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=17 [15.07.2022].
- Cambridge Centre for Risk Studies and AXA XL (2020): Optimising Disaster Recovery: The Role of Insurance Capital in Improving Economic Resilience. Cambridge Centre for Risk Studies at the University of Cambridge Judge Business School.
- Deutscher Wetterdienst und Extremwetterkongress (2021): Was wir heute über das Extremwetter in Deutschland wissen. Offenbach am Main, Deutschland, https://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/aktuelle_meldungen/210922/Faktenpapier-Extremwetterkongress_download.pdf?sessionid=2AEEE7F41CDE0BCE52854738E71F3564.live21071?__blob=publicationFile&v=1 [15.07.2022].
- European Commission (2022a): REPower-EU Plan, Brüssel, https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:fc93of14-d7ae-11ec-a95f-01aa75ed71a1.0002.02/DOC_1&format=PDF [15.07.2022].

- European Commission (2022b): Commission Staff Working Document: 2022 Country Report – Germany, Brüssel, https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/2022-european-semester-country-report-germany_en.pdf [15. 07. 2022].
- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (2021): Die Nachhaltigkeitspositionierung der deutschen Versicherer, <https://www.gdv.de/de/themen/news/die-nachhaltigkeitspositionierung-der-deutschen-versicherer-im-wortlaut-65404> [15. 08. 2022].
- Golz, S. und T. Naumann (2020): Bautechnische Überflutungsvorsorge für Wohngebäude und kleingewerblich genutzte Gebäude. Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden, <https://www.gdv.de/resource/blob/62678/6eeb563dbd4d3031053135921eab3eco/forschungsbericht-zu-baukonstruktiver-ueberflutungsvorsorge-data.pdf> [15. 07. 2022].
- Goodhart, C. und M. Pradhan (2020): The Great Demographic Reversal: Ageing Societies, Waning Inequality, and an Inflation Revival, Suerf Policy Note No. 197 https://www.suerf.org/docx/f_fa99ccdbea597263a88f27075bd6eb49_17385_suerf.pdf [15. 07. 2022].
- IPCC (2021): Climate Change 2021: The Physical Science Basis, the Working Group I contribution to the Sixth Assessment Report on 6 August 2021.
- IW Köln und GDV (2016): Volkswirtschaftlicher Nutzen privater Infrastrukturbeteiligungen, <https://www.gdv.de/resource/blob/10180/75c481c07c5e80585be1c8c82f500d6c/volkswirtschaftlicher-nutzen-privater-infrastrukturbeteiligungen-1196680102-data.pdf> [15. 07. 2022].
- Krebs, T. und J. Steitz (2021): Öffentliche Finanzbedarfe für Klimainvestitionen im Zeitraum 2021–2030, Working Paper 03/2021 Forum for a New Economy, <https://newforum.org/wp-content/uploads/2021/09/FNE-WP03-2021.pdf>.
- Swiss Re Institute (2021): The Economics of Climate Change: No Action is not an Option, <https://www.swissre.com/dam/jcr:e73ee7c3-7f83-4c17-a2b8-8ef23a8d3312/swiss-re-institute-expertise-publication-economics-of-climate-change.pdf> [15. 07. 2022].